

## PRESSEMELDUNG

### **67 125 Unterschriften für Volksinitiative - Abgeordnetenhaus muss das Thema Wohnungsneubau behandeln**

Es ist ein großer Erfolg für „Neue Wege für Berlin“: Genau 67 125 Unterschriften hat der Verein zur Unterstützung seiner Volksinitiative für mehr Wohnungsneubau in Berlin gesammelt und damit die nötige Mindestanzahl von 20 000 Unterschriften weit übertroffen. Am Montagmittag konnte der Vorsitzende des Vereins, Heiko Kretschmer, zusammen mit weiteren Vereinsvertretern die insgesamt vier Kartons mit den Sammel Listen an das Berliner Abgeordnetenhaus im Preußischen Landtag übergeben.

Damit hat diese für die Stadt wichtige Kampagne ein erforderliches Etappenziel erreicht, denn jetzt muss sich das Berliner Landesparlament mit dem Thema „sozialer und bezahlbarer Wohnungsbau“ befassen.

Der Vorsitzende des Vereins, Heiko Kretschmer zeigte sich zufrieden und erklärte: „Die heutige Übergabe der gesammelten Unterschriften ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg das Thema der fehlenden Wohnungen ins Parlament zu bringen. Wir brauchen den Neubau von sozialen und bezahlbaren Wohnungen. Danken möchte ich auch allen Mitgliedern und Freunden, die bei unzähligen Anlässen die Wohnungsnot zur Sprache gebracht haben und bei diesen Gelegenheiten viele Unterschriften gesammelt haben. Jede einzelne davon unterstützt unser Anliegen und macht deutlich, wie gravierend das Wohnungsproblem in unserer Stadt geworden ist. Mit der Volksinitiative beschreiten wir den aus unserer Sicht effektivsten Weg, das drängende Thema auf der politischen Agenda Berlins nachhaltig anzugehen. Wir werden den Fortgang des Projekts intensiv begleiten und die Öffentlichkeit auf dem Laufenden halten. Mit dieser Volksinitiative ist die Arbeit unseres Vereins aber noch lange nicht getan. Wir werden uns weiter als Stimme der Stadtgesellschaft konstruktiv am politischen Diskurs beteiligen und unsere Expertise zum Wohl der Stadt in die Debatten einbringen.“

#### Hintergrund:

Die Volksinitiative ist eine besonders geregelte Massenpetition, die das Abgeordnetenhaus von Berlin dazu verpflichtet, bestimmte Anliegen und Themen zu erörtern. Sie bietet die Möglichkeit, in einem einfachen Verfahren mit einer relativ geringen Zahl von mindestens 20.000 Unterstützungsunterschriften auf besondere Probleme aufmerksam zu machen und

dem Abgeordnetenhaus unmittelbar Vorschläge zu unterbreiten. Eine Volksinitiative kann dabei auf eine Gesetzesänderung oder auch auf eine bestimmte politische Entscheidung gerichtet sein. Voraussetzung ist allein, dass das Abgeordnetenhaus für diese Entscheidung zuständig ist und es sich um eine Angelegenheit handelt, die Berlin betrifft. Der Antrag auf Behandlung der Volksinitiative im Abgeordnetenhaus ist nach § 4 AbstG schriftlich an die Präsidentin oder den Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu richten.

#### Über den Verein:

Der Verein „Neue Wege für Berlin e.V.“ hat sich mit dem Ziel gegründet, der Berliner Zivilgesellschaft in den entscheidenden Zukunftsfragen unserer Stadt eine Stimme zu geben. Uns geht es darum, Berlins Chancen und Potenziale besser auszuschöpfen. Ins Leben gerufen wurde der Verein von engagierten Berlinerinnen und Berlinern aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft.